

„Man hat es daher mit großer Befriedigung zu erkennen gehabt, daß die hiesigen Stadtverordneten in richtiger Erkenntniß und Würdigung dieser Rücksichten . . . sogar auf die vollständige Incorporation der Gemeinde Strehlen ausdrücklich angetragen haben, mit welcher Einverleibung die Anomalie gehoben sein würde, welche eintreten muß, sobald beim Fortbestehen der besonderen Landgemeinde Strehlen dem Stadtrathe die Ausübung der gemeindeobrigkeitlichen und wohlfahrtspolizeilichen Befugnisse in dieser Landgemeinde übertragen würde. Diesen erfreulichen Kundgebungen des Stadtverordneten-Collegiums gegenüber . . hätte man dringend zu wünschen gehabt, daß einestheils die Angelegenheit der beantragten vollständigen Incorporation der Landgemeinde Strehlen durch gehörige, im Wege der Verhandlung mit dem Gemeinderathe daselbst zu bewirkende Verständigung desselben und sonst in zweckentsprechender Weise, als geschehen ist, vor die Hand genommen und anderntheils nicht auf die mit den früheren schon definitiv genehmigten Anträgen der Ueberweisung von ganz Strehlen auf den städtischen Polizei- und Gerichtsbezirk im Widerspruche stehende, aus wohlerwogenen Gründen für unzweckmäßig befundene Theilung des Strehlener Gemeindebezirks neuerdings wieder zugekommen worden wäre.“

„Die Königl. Ministerien haben es daher auch bei der erfolgten Genehmigung der Zutheilung der ganzen Gemeinde Strehlen zu dem städtischen Polizei- und Gerichtsbezirk bewenden lassen, als womit der obgedachte neuere Theilungsantrag als erledigt anzusehen ist.“

„Es folgt aus Vorstehendem von selbst, daß nunmehr die Nothwendigkeit wieder herantritt, trotz der ablehnenden Antwort des Gemeinderaths zu Strehlen vor Allem nochmals den Versuch zu machen, wenn irgend möglich die vollständige Einverleibung der ganzen Landgemeinde Strehlen . . . jetzt herbeizuführen.“

Dieser von der Oberbehörde gewünschte Versuch, Strehlen einzuverleiben, ist von der Stadtgemeinde Dresden gar nicht unternommen worden. Es wurden zwar über die Vermögens- und Steuerverhältnisse Strehlens, welches damals 937 Einwohner, 81 Häuser, 206 Haushaltungen, 34,231 Steuereinheiten und 987,870 Mf. Brandfasseneinschätzungswerth hatte, Erörterungen angestellt, allein dieselben führten zu dem Beschlusse des Stadtraths, von einer Verhandlung über Incorporation der ganzen Gemeinde Strehlen abzusehn, zugleich aber der Einbeziehung der ganzen Flur Strehlen in den städtischen Polizei- und Gerichtsbezirk wegen des entstehenden Mehraufwandes zu widersprechen, dagegen aber namentlich die Geltendmachung der aus der Zugehörigkeit eines großen Theils der Strehlener Flur zum Dresdner Stadtweich-